

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Welthandel auf falschen Gleisen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1978) : Welthandel auf falschen Gleisen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 3, pp. 106-107

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135164>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

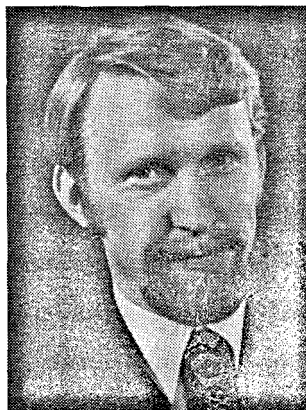
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Welthandel auf falschen Gleisen

Am 1. März fiel der Paritätskurs für den US-Dollar erstmalig unter zwei Mark. Trotz des Abwertungseffekts erscheint es allerdings noch recht fraglich, ob sich damit die Chancen für eine längerfristige Sanierung der amerikanischen Wirtschaft entscheidend verbessert haben. Für verbindliche Aussagen ist es noch zu früh.

Zwei Tatsachen lassen sich jedoch bereits heute feststellen: Erstens werden sich die vielfältigen internen strukturellen Probleme der USA über Wechselkursmanipulationen allein ebensowenig lösen lassen wie in allen anderen Ländern, die zuvor ähnliches versucht haben. Zweitens macht der Kursverfall den Wettbewerb für die konkurrierenden Produzenten erneut härter. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften. Ihre Lieferungen verteuern sich, während umgekehrt die amerikanischen Konkurrenzprodukte billiger angeboten werden können. Der Absatz auf den europäischen, amerikanischen und dritten Märkten wird damit – zumindest für die gegenwärtig nur noch begrenzt wettbewerbsfähigen Branchen – immer problematischer. Dies bedeutet erneut eine Gefährdung von Arbeitsplätzen, die angesichts der hohen Arbeitslosenquoten in den einzelnen EG-Ländern neben wirtschaftlichen auch zu politischen Schwierigkeiten führen kann.

Es hat in Europa in der jüngeren Vergangenheit nicht an massiver Kritik an der amerikanischen Wirtschaftspolitik gefehlt. Dabei birgt insbesondere die Unterstellung, die USA wollten ihr Arbeitslosenproblem einseitig auf Kosten der Europäer lösen, eine erhebliche Gefahr für die Weltwirtschaft in sich. Je größer der Druck amerikanischer Wettbewerber wird, um so eher dürfte man in der Gemeinschaft für Maßnahmen zur künstlichen Beschränkung ihrer Einfuhren plädieren. Damit würde möglicherweise ein wirtschaftspolitischer Kurs dauerhaft festgelegt, der eigentlich die Ausnahme von der Regel sein sollte, statt dessen aber immer mehr die Regel zur Ausnahme macht.

Während die EG offiziell lautstark Kritik an dem wachsenden Protektionismus in den USA und bei anderen Handelspartnern übt, hat sie nämlich den Pfad des freien Handels längst verlassen. War es anfänglich nur die Agrarmarktregelung, die liberal orientierte Wissenschaftler und Praktiker zur Kritik herausforderte, so sind inzwischen zahlreiche andere Bereiche hinzugekommen. Vor allem in Frankreich, Italien und zum Teil auch in Großbritannien und der Bundesrepublik verhehlt man die deutliche Sympathie gegenüber dirigistischen Importbeschränkungen und Exportsubventionierungen kaum noch. Was den Bauern recht ist, erscheint auch anderen importbedrängten Branchen zunehmend als billigenswert. Und sie setzen ihre Schutzforderungen vermehrt durch.

Jüngste Beispiele dieser Wirtschaftspolitik sind die Regelungen im Textil- und Stahlsektor. Aber schon deuten sich weitere an. Selbst so liberal ausgerichtete Sektoren wie die deutsche Automobilindustrie haben sich inzwischen in die Reihe derjenigen eingeordnet, die staatlichen Schutz gegen angeblich zu billige Auslandskonkurrenz fordern. Die japanische Idee einer dirigistischen Aufteilung der internationalen Märkte durch sog. „Orderly marketing arrangements“ findet in Europa eine nicht mehr zu übersehende Zuneigung.

Gegenüber dieser weltwirtschaftlich verhängnisvollen Tendenz haben sich die USA in der jüngeren Vergangenheit keineswegs als Verteidiger eines liberalen

Systems bewährt. Unter dem Druck ihrer internen Probleme konnten auch sie die Protektionismusweile nicht brechen. Bildeten in der Kennedy-Runde noch das Zollniveau und das „American selling price system“ den Stein weltweiten Anstoßes, so ist es heute eine ganze Kette von Maßnahmen, die eindeutig die Abkehr vom Ideal der freien Weltwirtschaft markieren. Die „Buy american“-Regelungen, die verschärften Anti-Dumping-Praktiken, Einfuhrkontingente, freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen, unklare Methoden der Zollwertermittlung und die wachsende Behinderung von Auslandsinvestitionen sind nur Beispiele einer Politik, für die der große Aufbruch nach dem zweiten Weltkrieg offensichtlich nur noch Geschichte ist. Die „Importbeschränker“ wie Wilbur Mills, die bei Kennedy und Nixon noch eine bescheidene Minderheit bildeten, haben in den letzten Jahren spürbar Auftrieb bekommen. Nicht zuletzt durch die Gewerkschaften, deren graue Eminenz, George Meany, den freien Welthandel jüngst als absoluten Unsinn bezeichnete.

Dabei besteht im Grunde kein Zweifel, daß gerade bei freiem Handel bestimmte Regelungen und Kontrollen notwendig sind. Doch ist diese Feststellung kein Freibrief für angeblich pragmatisch orientierte dirigistische Eingriffe, die unter mehr oder weniger starkem Druck der Lobby zustande kommen. Gerade pragmatisches Vorgehen setzt ein klares Grundkonzept voraus. Dies aber fehlt allenthalben. Das mühsame Improvisieren und Lavieren von einer Schwierigkeit zur anderen sollte nicht mit Pragmatismus verwechselt werden.

In Zahlen ausgedrückt nimmt sich der „Erfolg“ der protektionistisch-dirigistischen Pragmatiker bereits erschreckend aus. Der Handel zwischen den Entwicklungsländern, zwischen den Ostblockländern und diesen Staaten untereinander sowie gegenüber den westlichen Industrieländern erfolgt ohnehin kaum nach den Regeln von Preis und Wettbewerb. Der Agrarhandel unterliegt ebenfalls eigenen künstlichen Normen. Bezieht man zusätzlich die durch Selbstbeschränkungsabkommen, Kontingente und Quoten geregelten Bereiche ein, so zeigt sich, daß gegenwärtig nur noch etwa die Hälfte des Welthandelsvolumens nach marktwirtschaftlich liberalen Grundvorstellungen abgewickelt wird.

In Anbetracht dieser Entwicklungen müssen sich die Teilnehmer der laufenden GATT-Runde zur weiteren Beseitigung der Handelshemmnisse in einer kuriosen Position fühlen. Ihre Organisation ist eindeutig abgewertet worden. Ihre Anstrengungen – früher im Blickpunkt der Weltwirtschaftspolitik – finden kaum noch Aufmerksamkeit. Die GATT-Runde ist zum Nebenschauplatz degeneriert. Die handelspolitischen Weichen werden andernorts gestellt.

Dabei braucht man nicht darüber zu diskutieren, daß der weltweite wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen dreißig Jahre in erster Linie auf den Abbau der Zwangswirtschaft und die Einführung des freien Handels und Unternehmertums zurückzuführen ist. Ebensowenig läßt sich ernsthaft bestreiten, daß die gegenwärtige Renaissance des Protektionismus sich längerfristig wohlstandsmindernd auswirken muß. Gerade weil dies bekannt ist, wären gemeinsame europäisch-amerikanische Initiativen für eine liberal orientierte Ordnung der Weltwirtschaft, die nur in eindeutig begründeten Fällen Ausnahmen zuläßt, das Gebot der Stunde. Sie würden eine Überprüfung aller – und damit die Abschaffung vieler – Protektionsmaßnahmen in den großen Industriestaaten erforderlich machen. Doch gegenwärtig fehlen für eine solche gemeinsame Initiative ebenso die überragenden und überzeugenden Führungspersönlichkeiten wie die gemeinsame Konzeption.

Bisher beschränken sich die Aktivitäten der beiden größten Handelsmächte der Welt in diesem Bereich vor allem auf die Verteidigung ihres Status quo gegenüber den – grundsätzliche Änderungen anstrebenden – Entwicklungsländern. Hier soll das Modell des marktwirtschaftlichen Freihandels möglichst erhalten bleiben, das innerhalb der eigenen Volkswirtschaften bereits überwiegend Historie ist. Diese Diskrepanz zwischen Worten und Taten hat die Verhandlungsposition des Westens nicht gerade gestärkt. Die führenden Vertreter der Dritten Welt wissen sehr wohl zwischen den üblichen Lippenbekenntnissen und tatsächlich ernst gemeinten Vorstellungen zu unterscheiden. Und sie werden die Mängel in der westlichen Position durch die Einführung von Dirigismen und Protektionismen auf allen möglichen Gebieten ausnutzen, solange ihrer Vorstellung von der Neuen Weltwirtschaftsordnung nicht ein überzeugendes gemeinsames Programm von EG und USA gegenübergestellt wird.